

Offener Brief der Initiative Seebrücke Leipzig an den Oberbürgermeister Burkhard Jung der Stadt Leipzig

Leipzig, den 20. August 2026

Petition „Schiffspatenschaft wiederbeleben“ Rückblick auf die Ratsversammlung vom 1. Juli 2026 und Appell zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Teilhabe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Burkhard Jung, sehr geehrte Mitglieder der Stadtverwaltung Leipzig,

als Leipziger Gruppe der Seebrücke wenden wir uns bezogen auf unsere Petition „Schiffspatenschaft wiederbeleben“ an Sie. Die Petition hätte am 1. Juli 2026 auf der Ratsversammlung beraten werden sollen, wurde aber kurzfristig in den September verschoben.

Uns ist es ein Anliegen, unsere Sichtweise einzubringen und eine konstruktive Zusammenarbeit sowie die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beteiligung in Leipzig zu stärken.

Einschätzung der aktuellen Situation

Mit mehr als 1000 Unterzeichnungen unserer Petition wurde unser Anliegen im Petitionsausschuss gehört. Das Gehör und die Annahme des eingebrachten Änderungsantrags zum Verwaltungsstandpunkt werten wir grundsätzlich als positives Signal für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unserer Forderung.

Unser Ziel war ein Beschluss vor den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2026/27, damit unsere Forderung zeitnah in der Finanzplanung berücksichtigt wird. Die benötigte Zeit für eine Aktualisierung des Verwaltungsstandpunkts ist nachvollziehbar, und wir begrüßen die inhaltliche Auseinandersetzung nachdrücklich.

Dennoch müssen wir betonen: Gegenwärtig wissen sich Menschen nicht anders zu helfen, als sich in lebensbedrohliche Situationen zu begeben wie bei der Flucht über das Mittelmeer. Aus diesem Grund besteht dringender Handlungsbedarf.

Transparenz und Kommunikation – demokratische Herausforderung

Kommunikation und Zugang zu Beteiligungsverfahren sollten aus unserer Sicht verbessert werden. Die Stadt teilte uns die Terminverschiebung erst kurzfristig am Tag vor der geplanten Abstimmung mit. Wer die Verschiebung beschlossen hat und auf welcher Grundlage, erfuhren wir erst auf eigene Nachfrage bei Kommunalpolitiker*innen.

In einer Zeit, in der demokratische Werte und gesellschaftliche Handlungsspielräume zunehmend unter Druck geraten, sollte das Engagement der Zivilgesellschaft unterstützt und gestärkt werden. Das ist ein Interesse jeder demokratischen Institution. Uns fehlten jedoch während unserer Petition eine verbindende Kommunikation, Transparenz über interne Prozesse und eine echte Einladung zur Bürger*innenbeteiligung.

Ein Appell: Menschlichkeit als Motivator, nicht als Add-On

Unsere Petition stellt die Achtung vor dem Leben in den Mittelpunkt und fordert die Anerkennung der Menschenrechte für alle – unabhängig ihrer Herkunft. Konkret bedeutet das: sichere Seenotrettung, legale Fluchtwege und menschenwürdige Aufnahme.

Wir möchten zur Diskussion stellen, ob verwaltungsrechtliche Erwägungen wie Budgetfragen oder personelle Kapazitäten einem humanistischen Gesellschaftsanspruch Vorrang erhalten sollten. Die Würde menschlichen Lebens ist kein "Nice-to-have", sondern muss Grundlage für alle Entscheidungen sein. Struktur und Ressourcen sollten sich danach richten, nicht umgekehrt.

Auf einen gemeinsamen Weg für eine menschenwürdige Politik in Leipzig.

Mit solidarischen Grüßen,

Seebrücke Leipzig

Kontakt: seebrueckeipzig@riseup.net